

# Deutsche Politiker gegen Rechtschreibreform

Die CDU/CSU will in Deutschland die Rechtschreibreform kippen. Mehrere Ministerpräsidenten der Union sowie die bildungspolitische Sprecherin im Bundestag, Katherina Reiche, treten für die Rücknahme der Reform ein.

Zurückgewiesen wird die Forderung hingegen von der Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK), Doris Ahnen (SPD), die vor einer Verunsicherung von Lehrern und Schülern warnte.

## Soll Sache der Ministerpräsidenten werden

Die Regierungschefs von Niedersachsen und Bayern, Christian Wulff (CDU) und Edmund Stoiber (CSU), hatten zuletzt angekündigt, die Rechtschreibreform zum Thema des nächsten Treffens der Länder-Regierungschefs zu machen.

Wulff möchte die Zuständigkeit für die Rechtschreibreform der Kultusministerkonferenz entziehen und sie zur Sache der Ministerpräsidentenkonferenz machen.

## "Unsägliche Reform der deutschen Sprachregeln"

Auch Reiche bezeichnete die Rechtschreibreform als gescheitert. Die Kultusminister seien offensichtlich nicht in der Lage, diese zu bewältigen. Deshalb müßten jetzt die Ministerpräsidenten die Sache in die Hand nehmen und "die unsägliche Reform der deutschen Sprachregeln stoppen".

## Gegenargumente: Rücknahme nicht sinnvoll ...

Ahnen kann dem Vorschlag Reiches nichts abgewinnen: Die Ministerpräsidenten hätten 1996 nach eingehender Prüfung der Reform zugestimmt.

"Die Schulen haben mit den neuen Schreibweisen kein Problem", so die KMK-Präsidentin. "Eine Rücknahme der Reform ist nicht sinnvoll, den Schülern nicht zumutbar - ganz abgesehen von den Kosten."

## ... Sprache entwickelt sich weiter

Sprache und Rechtschreibung entwickelten sich auch in Zukunft weiter. Die Kultusminister haben deshalb die Einsetzung eines "Rats für deutsche Rechtschreibung" beschlossen. Dabei hätten auch Kritiker der Reform ihre Mitarbeit zugesagt, sagte Ahnen.

Artikel erschienen in Science ORF.at am 15. Juli 2004